ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bach, Stefan et al.

Research Report

Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

DIW Berlin: Politikberatung kompakt, No. 146

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan et al. (2020) : Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter, DIW Berlin: Politikberatung kompakt, No. 146, ISBN 978-3-946417-37-8, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/213318

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW BERLIN

146

Politikberatung kompakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2020

Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

Stefan Bach, Jonas Jessen, Peter Haan, Frauke Peter, C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich

IMPRESSUM

© DIW Berlin, 2020

DIW Berlin
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
www.diw.de

ISBN 978-3-946417-37-8
ISSN 1614-6921

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
des DIW Berlin ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

DIW Berlin: Politikberatung kompakt 146

Stefan Bach, Jonas Jessen, Peter Haan, Frauke Peter, C. Katharina Spieß* und Katharina Wrohlich

unter Mitwirkung von:

Niklas Isaak, Louisanne Knierim und Elena Ziege sowie beratend Jan Marcus

Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

Gutachten für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin, Januar 2020 (Fertigstellung des Gutachtens September 2019)

* Ansprechperson: DIW Berlin, Abteilung Bildung und Familie, kspiess@diw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

2 Veränderung des Arbeitsangebots von Müttern – Drei mögliche Szenarien 4

3 Simulation der fiskalischen Effekte 15

4 Abschätzung der Kosten und des „Selbstfinanzierungsanteils“ durch die Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern 21

5 Zusammenfassung 25

6 Literatur 28

7 Anhang: Literaturübersicht „Erwerbseffekte von ganztägigen Angeboten für Schulkinder" 31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Erwerbstätigkeit und -volumen von Müttern mit Kindern in ganztägigen Betreuungsangeboten 7

Tabelle 2 Ermittlung von Bedarf nach Ganztagsbetreuung und Erwerbswünschen von Müttern in Szenario 1 und 2 10

Tabelle 3 Szenario 1 - Empirisch abgeleitete Betreuungs- und Erwerbswünsche – engere Bedarfsdefinition 11

Tabelle 4 Szenario 2 - Empirisch abgeleitete Betreuungs- und Erwerbswünsche – breitere Bedarfsdefinition 12

Tabelle 5 Mütter mit Kindern im Grundschulalter sowie deren Arbeitsvolumen und Lohnsumme 16

Tabelle 6 Wirkungen der Reform auf Arbeitsmarkt und Einkommen sowie fiskalische Effekte 17

Tabelle 7 Verhältnis von Mehreinnahmen zu Kosten für Plätze, die mit Erwerbsveränderungen der Mütter verbunden sind (Szenario 1 bis 3) 22

Tabelle 8 Verhältnis von Mehreinnahmen zu den Gesamtkosten des Ganztagsausbaus (Szenario 1 bis 3) 24

1 Einleitung

Der Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten für Kinder im Grundschulalter ist eines der zentralen familien- und bildungspolitischen Ziele, auf das sich die gegenwärtige Regierungskoalition verständigt hat (siehe Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode). Der Ausbau soll mit einem Rechtsanspruch auf einen solchen Betreuungsplatz für Grundschulkinder verbunden werden, der bis zum Jahr 2025 verwirklicht werden soll. Dabei ist geplant, auf den bereits existierenden Angeboten im schulischen Kontext und im Hortbereich aufzubauen. Konkrete Umsetzungsschritte sollen in einer Vereinbarung von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände festgelegt werden.

Mit dem Ausbau von Nachmittagsangeboten für Grundschulkinder sind unterschiedliche Zielsetzungen verbunden. Zum einen soll damit die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit für Eltern verbessert werden. Zum anderen erhofft man sich mit diesem Ausbau auch Bildungsungleichheiten zu mindern, da insbesondere Kinder aus Familien mit einem niedrigeren sozioökonomischen Status in Hinblick auf ihre kognitiven und sozio-emotionalen Fähigkeiten profitieren können.

In der vorliegenden Studie wird auf die erste Zielsetzung eingegangen, d.h. es wird beleuchtet, inwiefern der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zu Veränderungen in der Erwerbstätigkeit und im Erwerbsvolumen von Müttern führt. Obwohl dieser Ausbau in den unterschiedlichen Bundesländern auf sehr unterschiedliche Weise erfolgt, kann in der vorliegenden Studie – sofern nicht anders vermerkt – nicht zwischen den unterschiedlichen Angebotsformen unterschieden werden.[1] Für die Abschätzung der fiskalischen Effekte ist dies allerdings von geringerer Bedeutung, da davon auszugehen ist, dass sich Erwerbseffekte (siehe unten) nicht nach den unterschiedlichen Angebotsformen unterscheiden.

Der Hauptfokus dieser Studie ist die Abschätzung der mit einer zunehmenden Erwerbstätigkeit verbundenen **fiskalischen Effekte.** Es soll also abgeschätzt werden, welche Mehreinnahmen durch den Ausbau ganztägiger Betreuungsangebote für Grundschulkinder durch die Veränderungen im Erwerbsverhalten von Müttern von Grundschulkindern entstehen. Betrachtet werden Mehreinnahmen durch ein damit verbundenes höheres Aufkommen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie einen damit einhergehenden Rückgang bei den Sozialtransfers. Diese

[1] Nur bei der Kostenabschätzung kann der Unterscheidung nach offene Ganztagsbetreuung, gebundene Ganztagsbetreuung und Hortangeboten Rechnung getragen werden.

fiskalischen Effekte müssen für eine umfassende Bewertung des geplanten Ausbaus mitbedacht werden. Diese Abschätzungen sind als **kurzfristige Effekte** des Ausbaus der Ganztagsbetreuung zu verstehen. Bei den Berechnungen wird angenommen, dass es in Hinblick auf das Steuer- und Transfersystem zu keinen signifikanten Veränderungen kommt und sich die sozio-demographischen Verhältnisse bei den Grundschulkindern und ihren Eltern nicht ändern. Im letzten Schritt werden den fiskalischen Effekten Kostenschätzungen des Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gegenübergestellt.

Potentielle Veränderungen der Bildungsergebnisse von Kindern werden in dieser Studie *nicht* betrachtet, sie fallen ohnehin eher mittel- bis langfristig an. Eine Abschätzung der damit verbundenen fiskalischen Effekte ist darüber hinaus deutlich komplexer und schwieriger.

Konkret kann auf der Basis bisheriger Forschungsarbeiten davon ausgegangen werden, dass bedingt durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung die Erwerbstätigkeit (Partizipation und Arbeitsvolumen) von Müttern zunehmen wird (vgl. dazu die in Kapitel 2 aufgeführten Studien). Eine entsprechende Zunahme ist *ceteris paribus* damit verbunden, dass die Erwerbseinkommen von Familien ansteigen werden. Entsprechende Einkommenssteigerungen sind auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbunden. Ferner sinken die Ausgaben für Grundsicherung, Kinderzuschlag und Wohngeld. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben sind ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Rendite des Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Grundschulkinder. Darüber hinaus fallen – neben den oben erwähnten möglichen Effekten durch Veränderungen in den Bildungsergebnissen von SchülerInnen – auch mittel- bis langfristige Erträge durch die Veränderungen in der Erwerbstätigkeit von betroffenen Müttern an. Dabei ist z.B. an langfristige Lohnzuwächse oder einen Anstieg in den Alterseinkünften zu denken. Entsprechende Erträge werden in der Studie jedoch nicht abgeschätzt.

Um die zu erwartenden fiskalischen Effekte des Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter zu berechnen, wird in einem ersten Schritt die Wirkung dieses Ausbaus auf das Arbeitsangebot von Müttern abgeschätzt. Da die Veränderung des Erwerbsverhaltens von Müttern nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden kann, werden dazu drei Szenarien entwickelt (siehe Kapitel 2). Im nächsten Schritt werden für diese drei Szenarien die mit dem zusätzlichen Arbeitsangebot verbundenen Erwerbseinkommen berechnet. Auf Basis eines Mikrosimulationsmodells werden danach die daraus resultierenden Auswirkungen auf das Aufkommen von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Sozialtransfers berechnet (siehe Kapitel 3). Die so ermittelten Mehreinnahmen für die öffentliche Hand werden abschließend für jedes Szenario den zu

erwartenden Kosten des Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Grundschulkinder gegenübergestellt. Dabei werden zunächst nur die Kosten betrachtet, die mit den geschätzten Erwerbsveränderungen in Verbindung stehen (siehe Kapitel 4). Des Weiteren werden die Mehreinnahmen den von Alt et al. (2019) geschätzten Kosten des Gesamtausbaus gegenübergestellt. Daraus ergibt sich schließlich der Anteil an den Gesamtkosten, der durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Müttern von Grundschulkindern finanziert werden kann. Die Studie schließt mit einer zusammenfassenden Bewertung (siehe Kapitel 5).

2 Veränderung des Arbeitsangebots von Müttern – Drei mögliche Szenarien

Die Ableitung unterschiedlicher Szenarien zur Berechnung der kurzfristigen fiskalischen Auswirkungen ist notwendig, da nicht mit Sicherheit vorauszusagen ist, wie sich die Erwerbsbeteiligung und das Arbeitsvolumen von Müttern durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder tatsächlich entwickeln werden. Grundlage der im Folgenden beschriebenen Szenarien sind neben den dargestellten Quellen und neuen Berechnungen zahlreiche inhaltliche Diskussionen unter den AutorInnen dieser Studie, die ihre unterschiedlichen langjährigen Erfahrungen in der Abschätzung von Erwerbsveränderungen bei Müttern eingebracht haben. In diesem Sinne handelt es sich um **expertenbasierte empirisch abgeleitete Szenarien**.

Veränderungen in der **Erwerbstätigkeit von Vätern** werden nicht berücksichtigt, da empirische Studien auf Basis deutscher Daten belegen, dass sich ihre Erwerbstätigenquote und ihr Erwerbsvolumen durch einen Ausbau von Ganztagsangeboten für Grundschulkinder nicht signifikant verändern wird (vgl. z.B. Gambaro et al. 2019). Dies hängt auch damit zusammen, dass nahezu alle Väter mit Kindern im Grundschulalter bereits einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen.

Im Folgenden werden **drei Szenarien** entwickelt, die sich auf **Mütter mit Kindern im Grundschulalter** und zwar im Alter von 6 bis 10 Jahren[2] beziehen. Damit unterschätzen die Szenarien mögliche Erwerbseffekte, da in einigen Bundesländern die Grundschulphase sechs und nicht nur vier Jahre umfasst. Die fiskalischen Wirkungen eines Ausbaus der Betreuungsangebote für ältere Grundschulkinder werden in dieser Studie nicht berechnet. Vermutlich werden sie geringer ausfallen, da unterschiedliche Studien zeigen, dass der Betreuungsbedarf mit dem Alter der Kinder abnimmt und damit zusätzliche Erwerbseffekte kleiner ausfallen (vgl. z.B. Alt et al. 2018b, Müller et al. 2013).

[2] 98 Prozent der Kinder in unseren Analysen der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) sind in dieser Altersgruppe, einige wenige sind 11 bzw. 5 Jahre und Grundschulkinder. Im Sample des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) gibt es einige wenige Elfjährige.

Die hier vorgestellten Szenarien unterscheiden zwischen Erwerbsveränderungen bei bisher **nicht-erwerbstätigen Müttern** und bei **bereits erwerbstätigen Müttern**. Bei der Gruppe der nicht-erwerbstätigen Mütter wird untersucht, inwiefern der Wunsch besteht, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, und wenn dies der Fall ist, in welchem Umfang. Bei erwerbstätigen Müttern wird erfasst, inwiefern und in welchem Umfang sie ihre Arbeitszeit verändern wollen.

Die Szenarien berücksichtigen, dass ein Teil der Mütter bereits Grundschulkinder in Ganztagsbetreuung hat. Dabei werden **sowohl Hortangebote als auch ganztägige Schulangebote** mit einbezogen.

Einschränkend ist anzumerken, dass diese Szenarien nur die Effekte in Bezug auf das **Arbeitsangebot** abbilden. Es kann demnach nicht berücksichtigt werden, dass eventuell nicht das gesamte zusätzliche Arbeitsangebot auf eine entsprechende Arbeitsnachfrage trifft. Vor dem Hintergrund eines Fachkräftemangels in vielen Bereichen ist jedoch zu erwarten, dass ein großer Teil des zusätzlichen Arbeitsangebots tatsächlich auf eine Arbeitsmarktnachfrage trifft. Ferner entstehen kurz- und mittelfristig gesamtwirtschaftliche Angebots- und Nachfrageeffekte, sowohl durch die Ausweitung der Beschäftigung der Mütter als auch durch den Ausbau der Betreuungsangebote. Insoweit dürften die hier simulierten fiskalischen Effekte realistisch sein.

Die im Folgenden vorgestellten Szenarien basieren zum einen auf der direkten Auswertung von Betreuungs- und Erwerbswünschen aus repräsentativen Umfragedaten (Szenario 1 und 2). Zum anderen wird auch ein Szenario (3) aus der bisher veröffentlichten Literatur zu den Erwerbseffekten eines Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder abgeleitet.

Szenario 1 und 2: Szenarien auf Basis von Betreuungs- und Erwerbswünschen aus repräsentativen Umfragedaten.

Szenario 1 und 2 werden auf Basis neuer Auswertungen von repräsentativen Befragungs- bzw. Mikrodaten, entwickelt, und zwar auf Basis der Daten der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) (Alt et al. 2018a) und den Daten des Sozio-oekonomischen Panels des DIW Berlin (SOEP, Goebel et al. 2019). Anhand dieser Daten ist es möglich, den Bedarf für eine ganztägige Betreuung und tatsächliche Erwerbswünsche zu erfassen. Es werden jeweils die der Wissenschaft zur Verfügung stehenden aktuellsten Wellen dieser Datensätze zugrunde gelegt. Für die KiBS-Daten ist dies das Jahr 2016, für das SOEP sind dies Daten für das Jahr 2017.

Datenbasis zur Ableitung von Szenarien – Mikrodaten

Ziel der **DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS)** ist es im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in einer jährlichen, bundeslandrepräsentativen Elternbefragung die Betreuung von Kindern von unter 15 Jahren bzw. im Nicht-Schul- und Grundschulalter in Deutschland zu erfassen. Der Wissenschaftsgemeinschaft stehen bisher Daten der Jahre 2012-2016 zur Verfügung, jedoch wurden erst ab dem Jahr 2016 Eltern von Grundschulkindern befragt. KiBS wird als bundeslandrepräsentative Befragung von ca. 35.000 Eltern von Kindern im Alter von unter 15 Jahren durchgeführt. Auf Basis von Einwohnermeldeamtsstichproben werden pro Bundesland etwa 2.200 Interviews geführt. Alle Interviews werden als Proxy-Interviews mit dem hauptsächlich betreuenden Elternteil (in etwa 90 Prozent der Fälle die Mutter des Kindes) geführt. Neuere Daten der KiBS-Befragung aus dem Jahr 2017 stehen der Wissenschaftsgemeinschaft bisher nicht zur Verfügung.

Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)** ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die seit über drei Jahrzehnten läuft. Im Auftrag des DIW Berlin werden zurzeit jedes Jahr in Deutschland etwa 30.000 Personen in fast 11.000 Haushalten befragt. Die Daten geben Auskunft über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Jährlich werden auch Informationen über den ganztägigen Besuch einer Schule oder eines Hortes sowie Erwerbswünsche abgefragt. Es werden alle Personen im Haushalt über 11 Jahre befragt.

Da davon auszugehen ist, dass sich die Erwerbswünsche von Müttern nach sozioökonomischen Merkmalen unterscheiden, berücksichtigen wir diese Unterschiede durch Bildung mehrerer Gruppen anhand folgender Merkmale:

(1) **Region:** West- vs. Ostdeutschland

(2) **Bildung:** Akademische Ausbildung vs. andere oder keine Ausbildung

(3) **Haushaltskonstellation:** Alleinerziehender Haushalt vs. Paarhaushalt

Diese führen zur Unterscheidung von acht Gruppen. Allerdings müssen teilweise Gruppen zusammengefasst werden, da die Fallzahlen im KiBS und auch im SOEP für bestimmte Gruppen zu gering sind, um belastbare Annahmen treffen zu können (siehe dazu die Tabellen 3 und 4).

Tabelle 1 zeigt die Erwerbsbeteiligung und das Erwerbsvolumen von Müttern, deren Kinder bereits ganztägige Angebote nutzen. Sie verdeutlicht, wie wichtig die ganztägige Betreuung von Grundschulkindern für die Erwerbstätigkeit von Mütter ist: Die große Mehrheit der Mütter dieser Kinder gehen einer Erwerbstätigkeit nach, und zwar mit dem bekannten Muster, dass Frauen in Ostdeutschland ein höheres Erwerbsvolumen aufweisen als Frauen in Westdeutschland.

Tabelle 1 Erwerbstätigkeit und -volumen von Müttern mit Kindern in ganztägigen Betreuungsangeboten

Gruppen	Erwerbstätigenquote (in %, KiBS)	Erwerbsvolumen (Stunden/Woche, KiBS)	N - KiBS
Ost/Alleinerziehend/Akademikerin	90,0	35,94	50
Ost/Alleinerziehend/Nicht-Akademikerin	83,8	32,91	136
Ost/Paarhaushalt/Akademikerin	91,8	33,45	608
Ost/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	88,5	33,34	790
West/Alleinerziehend/Akademikerin	100,0	34,55	49
West/Alleinerziehend/Nicht-Akademikerin	82,7	30,19	110
West/Paarhaushalt/Akademikerin	93,8	25,83	696
West/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	88,5	24,00	775
Alle	90,1	27,58	3,214

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von KiBS, Welle 2016, http://doi.org/10.17621/sID=109&dID=403.

In einem nächsten Schritt werden anhand der Auswertungen der KiBS- und SOEP-Daten für die beschriebenen Gruppen Annahmen in Hinblick auf Veränderungen der Erwerbstätigkeit und des Erwerbsvolumens getroffen. Dabei werden die folgenden **Informationen im KiBS** ausgewertet:

- Informationen darüber, ob Kinder ganztägige Betreuungsangebote bereits nutzen bzw. ob ein (zusätzlicher) Bedarf besteht. Sofern SchülerInnen bereits ganztägig betreut werden, wird erfasst, ob sie einen Bedarf nach längeren Betreuungszeiten haben. Sofern SchülerInnen noch keine ganztägige Betreuung nutzen, wird gefragt, ob ein Bedarf besteht (vgl. auch Alt et al. 2018a).
- Darüber hinaus werden im KiBS nicht-erwerbstätige Mütter danach gefragt, ob sie einen Erwerbswunsch haben und welche wöchentliche Arbeitszeit gewünscht wird. Erwerbstätige Mütter werden dagegen im KiBS nicht nach gewünschten Veränderungen in der Arbeitszeit gefragt.

Informationen über die gewünschte Arbeitszeit von erwerbstätigen Müttern liegen **im SOEP** vor.

- Hier werden alle Erwerbstätigen nach gewünschten Veränderungen in der Arbeitszeit gefragt. Mit den Informationen zur vereinbarten Arbeitszeit und der gewünschten wöchentlichen Arbeitszeit von Müttern mit Grundschulkindern, berechnen wir die gewünschten Veränderungen im Erwerbsvolumen von bereits erwerbstätigen Müttern. Dabei werden Arbeitszeitreduktionen und -erhöhungen berücksichtigt. Insgesamt zeigt sich, dass von den erwerbstätigen Müttern, die bisher kein Kind in einer Ganztagsbetreuung haben, 33 Prozent ihre Arbeitszeit erhöhen wollen und nur 16 Prozent diese verringern wollen, 51 Prozent streben keine Veränderung an (eigene Berechnungen, SOEP 2017).[3]

Veränderungen der Erwerbstätigkeit bisher nicht erwerbstätiger Mütter:

Veränderungen der Erwerbstätigkeit bisher nicht-erwerbstätiger Mütter werden mit den KiBS-Daten abgeschätzt. In Szenario 1 werden nur die Erwerbswünsche von Müttern berücksichtigt, die bisher noch kein Grundschulkind in Ganztagsbetreuung haben. In Szenario 2 werden zusätzlich auch die Erwerbswünsche jener Mütter berücksichtigt, die bisher zwar bereits ein Grundschulkind in Ganztagsbetreuung haben, die aber einen Bedarf an längeren Betreuungszeiten angeben.

[3] Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), http://doi.org/10.5684/soep.v34.

In **Szenario 1** wird angenommen, dass der Anteil der Kinder, die bisher keine Ganztagsbetreuung nutzen, deren Mütter aber einen Bedarf an einem Ganztagsbetreuungsplatz berichten und einen Erwerbswunsch formulieren, dem Anteil von Müttern entspricht, die nach der Einführung eines Rechtsanspruchs eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden.[4] Der entsprechende Anteil wird für die oben genannten Gruppen berechnet. Aufgrund der Abfrage der gewünschten Arbeitszeit lassen sich für die unterschiedlichen Gruppen die durchschnittlichen gewünschten Veränderungen im Erwerbsvolumen berechnen (sofern eine Erwerbstätigkeit gewünscht wird und ein Bedarf an einer Ganztagsbetreuung vorliegt). Es wird angenommen, dass diese Wünsche den Veränderungen im Erwerbsvolumen entsprechen.

Szenario 2 nimmt eine **breitere Bedarfsdefinition** vor. Neben den Erwerbsveränderungen der Gruppe aus Szenario 1 werden die Erwerbswünsche der Mütter berücksichtigt, die zwar schon Grundschulkinder in Ganztagsbetreuung haben, aber angeben, einen längeren Betreuungsumfang zu benötigen. Wie in Szenario 1 wird angenommen, dass sie ihr Erwerbsvolumen entsprechend dem *durchschnittlich* gewünschten Erwerbsvolumen in der jeweiligen Gruppe erhöhen würden.

Veränderungen der Erwerbstätigkeit bisher bereits erwerbstätiger Mütter:

Entsprechende Veränderungen dieser Gruppe werden auf der Basis der KiBS- **und** SOEP-Daten abgeschätzt.

In **Szenario 1** wird für bereits erwerbstätige Mütter angenommen, dass der Anteil der Kinder, die bisher keine Ganztagsbetreuung nutzen, deren Mütter aber einen Bedarf an einem Ganztagsbetreuungsplatz formulieren, dem Anteil von Müttern entspricht, die nach der Einführung eines Rechtsanspruchs ihre Arbeitszeit verändern. Diese Annahme erscheint insofern plausibel, als ein Großteil der Mütter, die ihre Arbeitszeit erhöhen wollen, angeben, dass sie dies bisher nicht realisieren können, da keine bzw. keine ausreichenden Kinderbetreuungsangebote vorhanden sind (vgl. dazu z.B. Statistisches Bundesamt 2012). Es wird ferner angenommen, dass die durchschnittlichen Veränderungen der Arbeitszeit den gewünschten Arbeitszeitveränderungen entsprechen. Dabei werden in Szenario 1 die Durchschnitte für Mütter berechnet, deren Kinder bisher keine ganztägigen Betreuungsangebote nutzen. Es wird außerdem auch bei dieser Gruppe

[4] Diese Annahme ist aufgrund des Stichprobendesigns im KiBS sinnvoll, da die Befragung in einer kindbasierten Stichprobe durchgeführt wird und nicht davon auszugehen ist, dass Mütter nicht für mehrere Kinder Informationen angeben (vgl. Alt 2018a). In dem Public Use File des KiBS ist es nicht möglich zu identifizieren, ob Eltern für mehr als ein Kind die Fragen mehrfach beantwortet haben.

der Durchschnitt aller Änderungswünsche berechnet. Wie Tabelle 3 zeigt, wünschen sich auch diese Mütter im Mittel eine Arbeitszeiterhöhung.

Szenario 2 nimmt – wie oben beschrieben – eine breitere Bedarfsdefinition an. Hier ermittelt sich der Bedarf und die damit verbundenen Erwerbsveränderungen aus zwei Gruppen. Zum einen aus den Veränderungen der Gruppen aus Szenario 1. Zum anderen aus den Veränderungen derjenigen, die angeben einen umfassenderen Bedarf an einem Ganztagsplatz zu haben und bei einem Rechtanspruch auf eine ganztätige Betreuung entsprechend ihre Erwerbstätigkeit verändern würden. Gemäß Szenario 1 wird auch hier angenommen, dass Mütter ihr Erwerbsvolumen entsprechend den *durchschnittlich* gewünschten Arbeitszeitveränderungen der jeweiligen Gruppe verändern. Diese Veränderung im Erwerbsvolumen wird in diesem Fall unabhängig davon berechnet, ob ein Kind bereits einen Ganztagsplatz hat oder einen solchen Platz noch nicht in Anspruch nimmt. Wie Tabelle 4 zeigt, wünscht sich auch diese Gruppe von Müttern im Mittel eine Arbeitszeiterhöhung.

Tabelle 2 fasst die angenommenen Bedarfe und Erwerbswünsche von Müttern in den Szenarien 1 und 2 zusammen.

Tabelle 2 Ermittlung von Bedarf nach Ganztagsbetreuung und Erwerbswünschen von Müttern in Szenario 1 und 2

	Nicht-erwerbstätige Mütter	Erwerbstätige Mütter
Szenario 1	Bisher keine Ganztagsbetreuung und Bedarf, Erwerbswunsch (KiBS-Daten)	Bisher keine Ganztagsbetreuung und Bedarf, Veränderung im Erwerbsvolumen (SOEP-Daten)
Szenario 2	Bisher keine Ganztagsbetreuung und Bedarf oder Ganztagsbetreuung und Mehrbedarf, Erwerbswunsch (KiBS-Daten)	Bisher keine Ganztagsbetreuung und Bedarf oder Ganztagsbetreuung und Mehrbedarf, Veränderung im Erwerbsvolumen (SOEP-Daten)

Die nachfolgenden Tabellen 3 und 4 fassen die empirisch abgeleiteten Annahmen über die Veränderungen in der Erwerbstätigenquote und dem Erwerbsvolumen für die Szenarien 1 und 2 zusammen.

Tabelle 3 Szenario 1 - Empirisch abgeleitete Betreuungs- und Erwerbswünsche – engere Bedarfsdefinition

	Veränderungen von nicht-erwerbstätigen Müttern in der/dem …		
	… Erwerbstätigenquote (in Prozentpunkten, KiBS)	**… Erwerbsvolumen (Stunden/Woche, KiBS)**	**N - KiBS**
Ost/Alleinerziehend	3,4	35	29
Ost/Paarhaushalt/Akademikerin	4,4	23,01	45
Ost/Paarhaushalt/ Nicht-Akademikerin	7,9	24,64	101
West/Alleinerziehend	19,2	20,89	26
West/Paarhaushalt/Akademikerin	8,9	18,82	90
West/Paarhaushalt/ Nicht-Akademikerin	17,4	21,6	207
Alle	*12*	*21,46*	*498*
	Veränderungen bei bereits erwerbstätigen Müttern in der/dem …		
	Anteil der Mütter, die eine Arbeitszeitveränderung wünschen (in Prozentpunkten, KiBS)	**Erwerbsvolumen (Stunden/Woche, SOEP*)**	**N - KiBS**
Ost/Alleinerziehend	1,7	9,53	178
Ost/Paarhaushalt	3,2	1,99	1,457
West/Alleinerziehend	11,3	4,08	212
West/Paarhaushalt/Akademikerin	7,6	0,64	1,021
West/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	12,9	1,64	1,390
Alle	7,8	1,68	4,258

Gewünschte Arbeitszeitveränderung aller Mütter ohne Kinder in Ganztagsangeboten.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von KiBS, Welle 2016, http://doi.org/10.17621/sID=109&dID=403 sowie auf Basis des SOEP, Welle 2017, http://doi.org/10.5684/soep.v34

Tabelle 4 Szenario 2 - Empirisch abgeleitete Betreuungs- und Erwerbswünsche – breitere Bedarfsdefinition

	Veränderungen bei nicht-erwerbstätigen Müttern in der/dem …		
	… Erwerbstätigenquote (in Prozentpunkten, KiBS)	**… Erwerbsvolumen (Stunden/Woche, KiBS)**	**N - KiBS**
Ost/Alleinerziehend	13,8	35,44	29
Ost/Paarhaushalt/Akademikerin	8,9	27,8	45
Ost/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	17,4	26,25	101
West/Alleinerziehend	42,3	26,06	26
West/Paarhaushalt/Akademikerin	15,6	19,09	90
West/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	20,7	21,44	208
Alle	18,5	22,55	498
	Veränderungen erwerbstätigen Müttern in der/dem …		
	Anteil der Mütter, die eine Arbeitszeitveränderung wünschen (in Prozentpunkten, KiBS)	**…Erwerbsvolumen (Stunden/Woche, SOEP*)**	**N - KiBS**
Ost/Alleinerziehend	25,9	0,35	178
Ost/Paarhaushalt	13,7	0,00	1,457
West/Alleinerziehend	30,7	2,96	212
West/Paarhaushalt/Akademikerin	17,7	0	1,021
West/Paarhaushalt/Nicht-Akademikerin	19,9	1,66	1,390
Alle	18	1,08	

**** Gewünschte Arbeitszeitveränderung aller Mütter.***

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von KiBS, Welle 2016, http://doi.org/10.17621/sID=109&dID=403 sowie auf Basis des SOEP, Welle 2017, http://doi.org/10.5684/soep.v34

Szenario 3: Literaturbasiertes Szenario

Szenario 3 basiert auf bisherigen empirischen Forschungsarbeiten, die komplexere mikroökonometrische Verfahren anwenden. Dementsprechend wird es als „**literaturbasiertes Szenario**" bezeichnet.

Im Anhang sind alle uns bekannten mikro- und makroökonomischen Studien zusammengestellt, die sich auf Basis deutscher Daten mit entsprechenden Erwerbseffekten eines Ausbaus von ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder im Grundschulalter befassen. Mikrodatenbasierte Studien umfassen Arbeiten von Gambaro et al. (2019), Dehos und Paul (2017), Nemitz (2015), Shure (2019) sowie Beblo et al. (2005) (vgl. auch Prognos 2017). Diese Arbeiten basieren entweder auf den Mikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) oder des Mikrozensus. Die einzige bisher in einer Fachzeitschrift veröffentlichte Studie, die nicht nur auf den Daten einzelner Bundesländer basiert (vgl. dazu Shure 2019), ist die Arbeit von Gambaro et al. (2019). Alle anderen Arbeiten sind bisher als Working-Paper erschienen und haben damit noch nicht ein „Peer-review-Verfahren" durchlaufen. Weitere Studien (Krebs et al., 2019 und Krebs und Scheffel, 2016, 2017) basieren auf makroökonomischen Modellen und sind mit den von uns hier vorgenommen mikrodatenbasierten Verhaltensmodelle (vgl. nächsten Abschnitt) nur bedingt vergleichbar.

Aus den genannten Gründen setzt **Szenario 3** an den Ergebnissen der Studie von Gambaro et al. (2019) an. Gambaro et al. (2019) ist eine hilfreiche Referenzstudie, da sie eine der wenigen Studien ist, die tatsächliche Erwerbsveränderungen für Gesamtdeutschland berechnet und dabei sowohl ganztägige Schul- als auch Hortangebote miteinbezieht. Da sich auch der geplante Rechtsanspruch auf beide ganztägigen Betreuungsangebote bezieht, orientieren sich die Angaben von Szenario 3 an den Ergebnissen der SOEP-basierten Berechnungen von Gambaro et al. (2019). Allerdings berechnen die Autoren die Erwerbseffekte für Mütter, deren jüngstes Kind den Übergang in die Grundschule realisiert, d.h. diese Mütter haben keine jüngeren Kinder. Diese Erwerbsreaktionen übertragen wir auf alle Mütter. In Szenario 3 werden keine Gruppenunterschiede berücksichtigt, da Gambaro et al. (2019) keine statistisch signifikanten Unterschiede nach sozioökonomischen Merkmalen finden.

Die bei Gambaro et al. (2019) aufgeführten Erwerbseffekte dienen der Abschätzung der zusätzlichen Erwerbstätigkeit und des zusätzlichen Erwerbsvolumens. Es wird angenommen, dass nur Mütter, deren Kind(er) noch keine Ganztagsbetreuung besucht(en), ihr Arbeitsangebot verän-

dern. Dies bedeutet, dass mittels mikroökonometrischer Methoden und beobachtbaren Erwerbsreaktionen beschrieben wird, welche Erwerbsreaktionen von Müttern im Mittel zu erwarten sind. Dies unterscheidet sich von Szenario 1 und 2, bei denen die zu erwartenden Erwerbsreaktionen direkt aus den abgefragten Wünschen in repräsentativen Befragungen abgeleitet werden.

Für **nicht-erwerbstätige Mütter** schätzen die AutorInnen einen Anstieg in der Erwerbstätigkeit um **11,4 Prozentpunkte.** Diesen Anstieg in der Erwerbstätigkeit nehmen auch wir in Szenario 3 für nicht-erwerbstätige Mütter an, **deren Kind noch keine Ganztagsbetreuung** nutzt. Im SOEP waren in 2017 30 Prozent der Mütter mit Grundschulkinder im Alter zwischen 6 und 10 Jahren nicht erwerbstätig. 52 Prozent der nicht-erwerbstätigen Mütter im SOEP nutzten in 2017 keine Ganztagsbetreuung für ihr Kind. Berechnet man für diese Gruppe den Anstieg in der Erwerbstätigkeit von 11,4 Prozentpunkten so ergibt sich eine Erhöhung in der Erwerbsquote um etwa 2 Prozent. Auf Basis der KiBS-Daten kann das durchschnittlich gewünschte Arbeitsvolumen für diese Gruppe berechnet werden, siehe Tabelle 3. Es liegt bei **21,46 Stunden/Woche**.

Für **erwerbstätige Mütter** schätzen die AutorInnen einen durchschnittlichen Anstieg im Erwerbsvolumen von **2,59 Stunden/Woche**. Wir nehmen in Szenario 3 an, dass bereits erwerbstätige Mütter, deren Kind noch keine Ganztagsbetreuung besucht, ihr Erwerbsvolumen entsprechend ausdehnen. Auf Basis der SOEP-Daten kann der Anteil der erwerbstätigen Mütter, die ihre vereinbarte Arbeitszeit verändern wollen ermittelt werden. Er liegt bei **49 Prozent**.

3 Simulation der fiskalischen Effekte

In diesem Kapitel werden die potentiellen fiskalischen Wirkungen analysiert, die sich durch das erhöhte Arbeitsangebot der Mütter ergeben, wenn die Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ausgeweitet wird. Hierzu leiten wir aus den Analysen zu den Betreuungs- und Erwerbswünschen der Eltern in Kapitel 2 die potentiellen Beschäftigungseffekte ab und schätzen die damit verbundene Erhöhung von Einkommen und Wertschöpfung. Anschließend simulieren wir das damit verbundene zusätzliche Steuer- und Abgabenaufkommen sowie die Einsparungen bei den bedürftigkeitsgeprüften Sozialtransfers.

Die Beschäftigungswirkungen und die fiskalischen Wirkungen bei Einkommensteuer, Arbeitnehmer-Sozialversicherungsbeiträgen und Sozialtransfers werden mit dem Mikrosimulationsmodell STSM auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysiert. Das STSM ist ein umfassendes Mikrosimulationsmodell zur empirischen Wirkungsanalyse von Einkommensteuer, Sozialabgaben und monetären Sozialtransfers auf die wirtschaftliche Situation und die Erwerbstätigkeit privater Haushalte.[5] Datengrundlage für die vorliegende Studie ist die Welle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), die im Jahr 2016 erhoben wurde (Distribution v33). Das SOEP erfasst repräsentative und detaillierte Informationen zu den Einkommensverhältnissen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen, Transfereinkommen) sowie zu diversen sozioökonomischen Merkmalen. Auf dieser Grundlage lassen sich die potentiellen Erwerbsveränderungen der Mütter simulieren. Ferner können die damit verbundenen zusätzlichen Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie die reduzierten bedürftigkeitsgeprüften Sozialtransfers recht präzise simuliert werden. Die relevanten Einkommensinformationen der Datengrundlage werden auf das Jahr 2019 fortgeschrieben. Die sozio-demographischen Informationen basieren auf der Datengrundlage des Jahres 2016 und werden nicht fortgeschrieben.

Für die Simulationen mit dem STSM werden (für Szenario 1 und 2) zunächst die Untergruppen der Mütter mit Grundschulkindern nach Erwerbstätigkeit, Region, Bildung und Haushaltskonstellation analog zur Einteilung in Kapitel 2 dieser Studie gebildet. Gemäß den dort aus der KiBS-Befragung jeweils ermittelten Anteilen der Mütter in den Subgruppen werden die Mütter in der Datengrundlage bestimmt, die nach der Reform ihr Arbeitsangebot erhöhen. Innerhalb der Gruppen wird je nach Szenario anschließend das Erwerbsvolumen der reagierenden Mütter um

[5] Eine ausführliche Beschreibung des Mikrosimulationsmodells findet sich in Steiner et al. (2012).

die gruppenspezifischen bedingten Mittelwerte der Arbeitszeitveränderung erhöht, die in Kapitel 2 angegeben werden. Dabei wird für die bereits erwerbstätigen Mütter ein gleichbleibender Stundenlohn angenommen. Für die zuvor nicht-erwerbstätigen Mütter wird ein Stundenlohn aus einer geschätzten Lohnfunktion verwendet.[6]

Für die Simulationen zu den fiskalischen Effekten nehmen wir an, dass die angegebene Ausweitung des Arbeitsvolumens realisiert wird und die Löhne konstant bleiben beziehungsweise die geschätzten Löhne der bisher nicht erwerbstätigen Mütter realisiert werden können. Anschließend werden die simulierten Einkommenseffekte dem jeweiligen Haushaltseinkommen hinzugefügt und mit dem Mikrosimulationsmodell die Wirkungen auf Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung sowie bedürftigkeitsgeprüfte Sozialtransfers (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) bestimmt.

Die hochgerechneten Informationen auf Basis des SOEP ergeben knapp 3 Millionen Grundschulkinder sowie 2,5 Millionen Mütter mit Kindern im Grundschulalter (Tabelle 5). Diese realisieren bisher ein Arbeitsvolumen von 2,7 Milliarden Stunden im Jahr, dies entspricht im Durchschnitt über alle Mütter mit Grundschulkindern (einschließlich der nicht erwerbstätigen) einer Arbeitszeit von 20,6 Wochenstunden. Im Durchschnitt verdienen die erwerbstätigen Mütter einen Stundenlohn von 17,10 Euro.

Tabelle 5 Mütter mit Kindern im Grundschulalter sowie deren Arbeitsvolumen und Lohnsumme

Anzahl Grundschulkinder, 1 000	2 968
Anzahl Mütter mit Grundschulkindern, 1 000	2 520
Arbeitsvolumen Mütter mit Grundschulkindern, Mio. Stunden	2 697
Lohnsumme Mütter mit Grundschulkindern, Mio. Euro	46 139
Durchschnittslohn der Mütter mit Grundschulkindern, Euro	*17,10*

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SOEP, http://doi.org/10.5684/soep.v33.

[6] Eine ausführliche Beschreibung der zugrundeliegenden Lohnschätzung findet sich in Steiner et al. (2012). Ergeben sich für bestimmte Personen aus dieser Lohnschätzung Werte unterhalb des Mindestlohnes, so wird dieser angesetzt.

Die Übertragung der Erwerbswünsche der Mütter, die auch einen Bedarf an Ganztagsbetreuung angeben, ergibt je nach Szenario Bedarfe von 276 000 bis 569 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder in Grundschulalter. Dies betrifft 229 000 bis 486 000 Mütter. Die Simulation der Erwerbswünsche führt zu einer Erhöhung des **Arbeitsvolumens** der Mütter von 3,2 bis 7,4 Prozent. In Vollzeitäquivalenten entspricht dies 43 000 bis 100 000 zusätzlichen Erwerbstätigen.

Tabelle 6 Wirkungen der Reform auf Arbeitsmarkt und Einkommen sowie fiskalische Effekte

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Bedarf und Veränderung Arbeitsmarkt			
Mütter mit Bedarf, 1 000	229	486	449
Kinder der Mütter mit Bedarf, 1 000	276	569	508
Veränderung Arbeitsvolumen Mütter mit Bedarf, Mio. Stunden	120	200	86
in Prozent Arbeitsvolumen Mütter mit Grundschulkindern	*4,5%*	*7,4%*	*3,2%*
in Vollzeitäquivalenten, 1 000	*60*	*100*	*43*
Veränderung von Einkommen, Steuern, Abgaben und Transfers durch die Arbeitsmarktwirkungen, Mio. Euro			
Lohnsumme	1 493	2 509	1 311
in Prozent	3,24%	5,44%	2,84%
Durchschnittslohn bezogen auf Arbeitsvolumen, Euro	*12,44*	*12,54*	*15,18*
Haushaltsbruttoeinkommen	942	1 706	1 248
Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag	210	359	338
Sozialbeiträge Arbeitnehmer	197	360	195
Einsparung Sozialtransfers	292	498	52
Insgesamt	**699**	**1217**	**584**
Weitere fiskalische Wirkungen, Mio. Euro			
Arbeitgeberbeiträge, Umlagen 1-3	358	602	315
Indirekte Steuern	102	188	136
Unmittelbare fiskalische Wirkungen insgesamt	**1 159**	**2 007**	**1 035**
Verteilung auf Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			
Bund	392	678	273
Länder	123	215	187
Gemeinden	89	152	66
Sozialversicherung	555	962	510

Quelle: Eigene Berechnungen, Mikrosimulationsanalysen mit dem SOEP, http://doi.org/10.5684/soep.v33.

Die prozentuelle Steigerung der **Lohnsumme** fällt geringer aus als die Steigerung des Arbeitsvolumens, da die Löhne der zusätzlich beschäftigten Mütter deutlich niedriger sind als im Durchschnitt der bereits im Basisszenario beschäftigten Mütter. Dies ist vor allem bei den Szenarien 1 und 2 der Fall, bei denen die bisher nicht-erwerbstätigen Mütter und die Alleinerziehenden einen deutlich höheren Anteil an den Beschäftigungseffekten haben als bei Szenario 3. Die Lohnschätzung ergibt vor allem für die bisher nicht-erwerbstätigen Frauen nur relativ geringe Einstiegslöhne. Bei Szenario 3 ist spielt dies eine geringere Rolle, da hierbei die bereits erwerbstätigen Mütter relativ stärker an den Beschäftigungseffekten beteiligt sind.

Für **Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag** ergeben die Mikrosimulationen ein Mehraufkommen von 210 bis 360 Millionen Euro im Jahr. Gemessen am Einkommenseffekt ist die zusätzliche Einkommensteuerbelastung bei Szenario 3 etwas höher. Dies liegt zum einen daran, dass in Szenario 3 Alleinerziehende zu einem geringeren Teil ihre Erwerbsbeteiligung ausweiten. Zum anderen weiten in diesem Szenario insbesondere bereits erwerbstätige Mütter ihr Arbeitsvolumen aus, und diese Mütter haben höhere Löhne als Mütter, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Ferner reagieren in diesem Szenario die Frauen in Paarhaushalten, die zu einem großen Teil verheiratet sind, stärker, und diese haben zumeist deutlich höhere Steuersätze durch das Ehegattensplitting.

Die **Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung** betragen im Durchschnitt 13 bis 15 Prozent der erhöhten Lohnsumme, während der Arbeitnehmer-Beitragssatz bei knapp 20 Prozent liegt. Hierbei spielen vor allem Vergünstigungen für Minijobs und Midijobs eine Rolle, die sich durch die vielen Teilzeitstellen ergeben. Bei den bedürftigkeitsgeprüften Sozialtransfers (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) kommt es vor allen bei den Szenarien 1 und 2 zu deutlichen Einsparungen, da bei diesen Szenarien die Partizipation und die Arbeitszeit der Alleinerziehenden relativ stark ausgeweitet werden.[7] Die höheren Erwerbseinkommen werden in diesen Fällen weitgehend auf die Sozialleistungen angerechnet, so dass das verfügbare Einkommen dieser Mütter nur wenig steigt.

Ferner berücksichtigen wir das Mehraufkommen der **Arbeitgeberbeiträge** einschließlich Unfallversicherung und Umlagen 1 bis 3 (Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, bei Mutterschaft und bei Insolvenz) mit dem durchschnittlichen Satz von insgesamt 24 Prozent der Lohnsumme.

[7] Bei den Schätzungen wird eine Inanspruchnahme dieser Sozialtransfers durch die betroffenen Mütter von 70 Prozent angenommen, die gesamte Inanspruchnahme der Grundsicherung für Erwerbstätige dürfte noch deutlich niedriger liegen. Vgl. dazu Bruckmeier et al. (2013).

Die indirekten Steuern, also Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern, werden mit 19 Prozent des zusätzlichen verfügbaren Einkommens der Haushalte veranschlagt.[8]

Insgesamt ergeben sich damit als **unmittelbare fiskalische Wirkungen** Mehreinnahmen in Größenordnungen von 1,0 bis 2,0 Milliarden Euro im Jahr. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Szenarien 1 und 2 vor allem die Wünsche der Eltern zu Betreuung und Erwerbsarbeit wiedergeben. Die tatsächliche Realisierung des zusätzlichen Arbeitsangebots könnte geringer ausfallen angesichts verschiedener Restriktionen (siehe Kapitel 1). Ferner könnte bestehende Beschäftigung verdrängt werden. Mittelfristig dürfte der Arbeitsmarkt aber hinreichend elastisch sein angesichts anhaltend hoher Arbeitsnachfrage und Fachkräftemangels. Auch negative Wirkungen auf das Lohnniveau dürften sich in engen Grenzen halten aufgrund des relativ kleinen Beschäftigungseffekts und der niedrigen Löhne der zusätzlichen Beschäftigten.

Diese fiskalischen Wirkungen entstehen knapp zur Hälfte bei der Sozialversicherung. Sofern die finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Sozialversicherungsträgern nicht verändert werden, führen diese Mehreinnahmen in den Folgejahren zu Beitragssenkungen, einer Verringerung der Bundeszuschüsse und Leistungserhöhungen bei der Rentenversicherung (über die jährliche Rentenanpassung). Ein Drittel der Mehreinnahmen geht bei Szenario 1 und 2 an den Bund, bei Szenario 3 ist es nur ein Viertel. Bei Szenario 3 spielen die Einsparungen bei Grundsicherung, Kinderzuschlag und Wohngeld, von denen größtenteils der Bund profitiert, keine große Rolle. Die Länder und Gemeinden erhalten in allen Szenarien nur einen kleinen Teil der Mehreinnahmen.

Über die hier quantifizierten unmittelbaren fiskalischen Wirkungen hinaus führt eine nachhaltige Ausweitung der Beschäftigung zu **weiteren Wachstumswirkungen** im Hinblick auf Vorleistungen und Kapitaleinsatz, die für die zusätzlichen Arbeitsplätze erforderlich sind. Veranschlagt man die damit verbundene Wertschöpfung – vorsichtig geschätzt – mit 25 Prozent der gesamten zusätzlichen Lohnsumme einschließlich Arbeitgeberbeiträge und Umlagen[9] und nimmt hierfür eine durchschnittliche Steuer- und Abgabenquote von 35 Prozent an[10], entstehen weitere Mehreinnahmen für den gesamten Staatssektor von etwa 0,2 Milliarden im Jahr. Ferner löst auch die Ausweitung der Betreuungsinfrastruktur einen Wachstumsimpuls aus, sowohl

[8] Vergleiche dazu Bach et al (2016).

[9] Bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme(Arbeitnehmerentgelt) der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) beträgt die nicht lohnbezogene Wertschöpfung etwa 40 Prozent (2018).

[10] Die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote der der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) beträgt knapp 40 Prozent.

durch die erforderlichen Investitionen als auch den dauerhaften Betrieb der Einrichtungen. Schließlich entstehen durch die Reform zumindest kurz- bis mittelfristig gesamtwirtschaftliche Nachfragewirkungen, vor allem bei zurückgehender Auslastung durch die schwächere konjunkturelle Entwicklung, die sich derzeit abzeichnet. Insgesamt dürfte daher eine fiskalische Wirkung der Ausweitung der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in Größenordnungen von jährlich mindestens 1 bis 2 Milliarden Euro für die nächsten Jahre durchaus realistisch sein.

4 Abschätzung der Kosten und des „Selbstfinanzierungsanteils“ durch die Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Müttern

Den mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder verbundenen fiskalischen Mehreinnahmen stehen Kosten des Ganztagsausbaus gegenüber. Zunächst sind dies Kosten für die zusätzlichen Plätze, die aufgrund der simulierten Erwerbsveränderungen benötigt werden. Zur Berechnung der entsprechenden Kosten legen wir in Absprache mit dem Auftraggeber dieser Studie die Kostenstudie von Alt et al. (2019) zu Grunde. Diese geht von laufenden Kosten, also den jährlichen **Betriebskosten** (**Personalkosten** und einem Overhead von 20 Prozent), in der offenen Ganztagsbetreuung bzw. einer Hortbetreuung von 3.564 Euro pro Kind aus und in der gebundenen Ganztagsbetreuung von 4.032 Euro pro Kind. Ferner nehmen wir an, dass sich die zusätzlichen Plätze wie folgt auf die drei Formen der Ganztagsbetreuung aufteilen: 65 Prozent entstehen in der offenen Ganztagsbetreuung, 13 Prozent in der gebundenen Ganztagsbetreuung und 22 Prozent im Hortbereich (vgl. hierzu auch KMK 2019 und Bildungsbericht 2018).

Neben den jährlichen Betriebskosten fallen einmalige **Investitionskosten** an. Hier lehnen sich Alt et al. (2019) an bisherige Kostenschätzungen an, die gerundet 4.000 Euro für einen Ganztagsbetreuungsplatz in einer Schule zugrunde legen und für die Erweiterung von Hortplätzen von 9.000 Euro pro Platz ausgehen. Für den Neubau von Hortplätzen nehmen sie 18.000 Euro an. Im Mittel gehen Alt et al. (2019) von einem Investitionsbedarf von 13.500 Euro pro Hortplatz aus. In unseren Kostenabschätzungen setzen wir diesen Mittelwert an. Der Tabelle 7 sind die entsprechenden Kostenabschätzungen zu entnehmen. Diese können ins Verhältnis zu den in Kapitel 3 ausgewiesenen Mehreinahmen gesetzt werden. Dabei zeigt sich, dass sich ein „Selbstfinanzierungsanteil“ von 44 Prozent für Szenario 3 bis zu 91 Prozent für Szenario 1 ergibt. Setzt man die ausgewiesenen Mehreinnahmen nur mit den jährlich anfallenden Betriebskosten in Bezug, so ergibt sich ein höherer „Selbstfinanzierungsanteil“ von 57 Prozent für Szenario 3 bis zu 116 Prozent für Szenario 1.

Tabelle 7 Verhältnis von Mehreinnahmen zu Kosten für Plätze, die mit Erwerbsveränderungen der Mütter verbunden sind (Szenario 1 bis 3)

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
Anzahl zusätzlicher Plätze/zusätzlicher Betreuungsbedarf	276.045	569.071	507.986
Fiskalische Mehreinnahmen (in Mrd. Euro)	1,16	2,01	1,04
Jährliche Betriebskosten (in Mrd. Euro)	1,00	2,06	1,84
Einmalige Investitionskosten (in Mrd. Euro)	1,68	3,47	3,09
Investitionskosten auf 6 Jahre verteilt (in Mrd. Euro)	0,28	0,58	0,52
„Selbstfinanzierungsanteil“: Mehreinnahmen/Betriebskosten (in Prozent)	116	98	57
„Selbstfinanzierungsanteil“: Mehreinnahmen/Betriebskosten und Investitionskosten* (in Prozent)	91	76	44
Ausgaben der Eltern für ganztägige Betreuung (in Mrd. Euro)	0,16	0,33	0,30

*Hier werden auf 6 Jahre verteilte Investitionskosten angesetzt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Kapitel 3 und Alt et al. (2019).

Allerdings werden in der Kostenabschätzung von Alt et al. (2019) nicht die Ausgaben der Eltern für ein **Mittagsessen und eventuelle Elternbeiträge** für die Ganztagsbetreuung berücksichtigt. Um abschätzen zu können, welche Kosten auf die Gebietskörperschaften zukämen, wenn diese ebenfalls von der öffentlichen Hand übernommen werden, greifen wir auf Informationen des SOEP im Jahr 2017 zurück. Auf dieser Basis kann abgeschätzt werden, wie viel ein Haushalt mit einem Kind in einer Ganztagsbetreuung ausgibt.[11] Insgesamt zeigt sich, dass für 34 Prozent der ganztägig betreuten Kinder keine zusätzlichen Kosten für die Eltern anfallen. Im Mittel aller Kinder (einschließlich der Kinder, für die die Eltern keine Kosten für die Ganztagsbetreuung haben) bezahlen Eltern monatlich 65 Euro (im Maximum 404 Euro) für eine Ganztagsbetreuung. Für Ganztagsschule und Hort fallen nach Daten des SOEP unterschiedliche Kosten an: im Mittel ergeben sich für Kinder in ganztägigen Schulangeboten Kosten in Höhe von 42 Euro pro Monat (mit einem Maximalwert von 230 Euro) und für Kinder im Hort Kosten von 73 Euro pro Monat (mit einem Maximalwert von 404 Euro). Würde die öffentliche Hand auch diese Kosten

[11] Aus den Berechnungen schließen wir Haushalte aus, deren Kind eine Privatschule besucht.

übernehmen, wie es im Kita-Bereich vielfach der Fall ist, kämen jährlich zusätzliche Kosten zwischen 0,16 Milliarden und 0,33 Milliarden Euro hinzu, wenn die Ausgaben für die Plätze betrachtet werden, die mit Erwerbsveränderungen von Müttern einhergehen (siehe Tabelle 7, letzte Zeile).

Außerdem ist zu erwarten, dass neben den zusätzlichen Plätzen, die mit Erwerbsveränderungen von Müttern verbunden sind, weitere Plätze benötigt werden. So fragen Eltern aus anderen Gründen Ganztagsplätze nach, z.B. zur Förderung des Kindes. Darüber hinaus könnten zusätzlich Kosten darüber entstehen, dass erwerbstätige Eltern bisherige Betreuungsarrangements, z.B. eine informelle Betreuung durch Großeltern, zugunsten eines Ganztagsbetreuungsplatzes aufgeben. Hierdurch würden keine zusätzlichen Erwerbseffekte entstehen, aber zusätzliche Plätze nachgefragt werden. Daher setzen wir in einem weiteren Schritt die von uns berechneten Mehreinnahmen in Relation zu den von Alt et al. (2019) angenommenen Kosten eines Ausbaus der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, der alle Bedarfe berücksichtigt. Dabei schätzen Alt et al. (2019) zwei von unseren Szenarien unabhängige Kostenszenarien. In einem Szenario gehen sie von einem Platzausbau bis zum Jahr 2025 von 322.000 Plätzen aus und in einem anderen Szenario von einem Platzausbau von 665.000 Plätzen. Da sie auch Plätze einbeziehen, die von einer Erwerbstätigkeit der Mütter unabhängig sind, ist wiederum davon auszugehen, dass ihre Platzabschätzungen über den von uns in Kapitel 3 berechneten Plätzen liegen. Entsprechend setzen wir die von ihnen berechneten Investitionskosten und Betriebskosten für 665.000 Plätze in Relation zu unseren Mehreinnahmen aus Szenario 2 und 3. Analog setzen wir die von ihnen geschätzten Kosten für den Ausbau von 322.000 Plätzen in Relation zu den Mehreinnahmen aus Szenario 1. Entsprechend Tabelle 8 ergibt sich, dass die von uns geschätzten Mehreinnahmen aus Szenario 3 32 Prozent der geschätzten Gesamtkosten für 655.000 Plätze ausmachen. Für Szenario 2 ergibt sich ein Anteil der Mehreinnahmen an den Gesamtkosten von 62 Prozent und bei Szenario 1 von 72 Prozent. Setzt man auch hier die geschätzten Mehreinnahmen nur mit den von Alt et al. (2019) jährlich anfallenden Betriebskosten ab 2025 in Bezug, ergibt sich ein Anteil der Mehreinnahmen an den Betriebskosten von 40 Prozent für Szenario 3, von 77 Prozent für Szenario 2 und von 89 Prozent für Szenario 1.

Tabelle 8 Verhältnis von Mehreinnahmen zu den Gesamtkosten des Ganztagsausbaus (Szenario 1 bis 3)

	Szenario 1	**Szenario 2**	**Szenario 3**
Fiskalische Mehreinnahmen (in Mrd. Euro)	1,16	2,01	1,04
Betriebskosten aus Alt et al. (2019) (in Mrd. Euro)	1,3	2,6	2,6
Investitionskosten* aus Alt et al. (2019) (in Mrd. Euro)	0,32	0,66	0,66
Betriebs- und Investitionskosten* aus Alt et al. (2019) (in Mrd. Euro)	1,62	3,26	3,26
Anteil der fiskalischen Mehreinnahmen an den Betriebstkosten[1] (in %)	89	77	40
Anteil der fiskalischen Mehreinnahmen an den Gesamtkosten* (in %)	72	62	32
Platzzahlen, die den Gesamtkosten von Alt et al. (2019) zugrunde liegen	*322.000*	*665.000*	*665.000*

*Hier werden auf 6 Jahre verteilte Investitionskosten angesetzt.

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Kapitel 3 und Alt et al. (2019), Tabellen 7 und 8.

5 Zusammenfassung

Es ist zu erwarten, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zu positiven Arbeitsangebotseffekten von Müttern mit Kindern in dieser Altersgruppe führt. In dieser Studie werden für diese Arbeitsangebotsreaktionen drei Szenarien auf Basis von repräsentativen Datensätzen zu Betreuungs- und Erwerbswünschen von Müttern und auf Basis von einer Evaluationsstudie abgeleitet. Je nach Szenario steigt die Erwerbsquote von Müttern um 2 bis 6 Prozentpunkte, wobei sich diese Veränderungen teilweise stark nach sozioökonomischen Merkmalen unterscheiden. Auch Mütter, die bereits erwerbstätig sind, wollen ihre Arbeitszeit erhöhen, je nach Szenario um durchschnittlich 1 bis 2,6 Stunden pro Woche. Insgesamt entsprechen diese Veränderungen einer Erhöhung des derzeitigen Arbeitsvolumens von Müttern mit Grundschulkindern um etwa 3 bis 7 Prozent bzw. etwa 40 000 bis 100 000 Vollzeit-Äquivalenten.

Die zu erwartenden Veränderungen der Erwerbstätigkeit von Müttern in Bezug auf Erwerbsbeteiligung und Erwerbsvolumen führen zu höheren Brutto-Einkommen der Familien und dadurch zu Veränderungen im Aufkommen der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, sowie ebenfalls zu Veränderungen bei Sozialtransfers. Die Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie die Einsparungen im Bereich der Sozialtransfers wurden für jedes Szenario auf Basis eines Mikrosimulationsmodells berechnet und liegen je nach Szenario zwischen einer und zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Vergleicht man diese fiskalischen Mehreinnahmen mit den Gesamtkosten des Ausbaus des Angebotes an ganztägigen Betreuungsplätzen für Grundschulkinder, die in früheren Studien geschätzt wurden, so ergibt sich auf dieser Basis ein „Selbstfinanzierungsanteil“ von 32 bis 72 Prozent. Setzt man die jährlichen fiskalischen Mehreinnahmen nur in Relation zu den jährlichen Betriebskosten der zusätzlich nachgefragten Ganztagsplätze, so ergibt sich ein Selbstfinanzierungsanteil je nach Szenario von 40 bis 89 Prozent.

Für die Interpretation dieser Ergebnisse sind mehrere Aspekte einschränkend zu bemerken. Zum einen wird davon ausgegangen, dass die von uns in den Szenarien zu Grunde gelegten Arbeitsangebotseffekte von Müttern am Arbeitsmarkt tatsächlich auf eine entsprechende Arbeitsnachfrage treffen und dadurch auch realisiert werden können. Zudem wird angenommen, dass es keine negativen Effekte auf die Löhne gibt trotz des erhöhten Arbeitsangebots. Darüber hinaus entstehen aber kurz- und mittelfristig gesamtwirtschaftliche Angebots- und Nachfrageeffekte, sowohl durch die erhöhte Beschäftigung der Mütter als auch durch den Ausbau der Be-

treuungsangebote. Zudem sind auch positive fiskalische Wirkungen der Beschäftigung des zusätzlichen Betreuungspersonals zu erwarten. Angesichts all dieser zu erwartenden Wirkungen dürften die hier simulierten fiskalischen Effekte in Größenordnungen zwischen einer und zwei Milliarden Euro pro Jahr realistisch sein.

Ferner ist es wichtig zu betonen, dass es sich bei unseren Ergebnissen um die Effekte des Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in der *kurzen Frist* handelt. Mittel- und längerfristige Effekte wie z.B. eine positivere Lohnentwicklung von Müttern aufgrund kürzerer Erwerbsunterbrechungen, eine Veränderung der Normen und Einstellungen zu Erwerbstätigkeit von Müttern insgesamt usw. konnten in der vorliegenden Studie nicht berücksichtigt werden.

Die in dieser Studie durchgeführten Simulationen beziehen sich auf die sozio-demographischen Verhältnisse des Jahres 2016, die Einkommen werden auf 2019 fortgeschrieben.[12] Wir simulieren also die Wirkungen einer Umsetzung der Reform am aktuellen Rand. In Hinblick auf die demographische Entwicklung ist in den nächsten fünf Jahren eine Erhöhung der Zahl der Grundschulkinder um schätzungsweise gut 10 Prozent zu erwarten (Statistisches Bundesamt 2019). Über Veränderungen in der Anzahl der Mütter machen die aktuellen Bevölkerungsprognosen keine Angaben. Wenn man jedoch annimmt, dass sich die Zahl der Mütter ähnlich entwickelt und dass deren sozio-ökonomische Merkmale konstant bleiben, dürften sich die Relationen von fiskalischen Mehreinnahmen und Gesamtkosten des Ausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder nicht nennenswert ändern.

Schließlich sind sämtliche zu erwartenden Effekte, die sich eventuell durch Veränderungen in Bildungsergebnissen oder Leistungsniveaus von Kindern ergeben, in dieser Studie ebenfalls nicht berücksichtigt. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass ein qualitativ sehr gutes Betreuungs- und Unterrichtsangebot den Bildungserfolg der betroffenen Kinder steigern kann. In der längeren Frist kann bei einem qualitativ hochwertigen Ausbau angenommen werden, dass die Anzahl der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulabschluss wachsen. Dies würde in Folge zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Arbeitsstundenzahl zukünftiger Generationen führen – besser qualifizierte Arbeitnehmer sind produktiver und häufiger vollzeitbeschäftigt als gering qualifizierte Arbeitnehmer. Alle diese potentiellen

[12] Die Annahmen über Veränderungen in der Erwerbstätigkeit beruhen in Szenario 1 und 2 auf Daten aus dem Jahr 2016 und 2017.

mittel- und langfristigen Effekte sind in dieser Studie nicht berücksichtigt – sie setzen darüber hinaus nicht nur einen quantitativen, sondern auch qualitativen Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder voraus.

6 Literatur

Alt, Christian, Arne Bethmann, Benjamin Gedon, Sandra Hubert, Katrin Hüsken, Kerstin Lippert (2018a): Kinderbetreuungsstudie. Laengsschnittdatensatz 2012-2016. Version: 1. DJI - Deutsches Jugendinstitut. Dataset. http://doi.org/10.17621/sID=109&dID=403

Alt, Christian, Benjamin Gedon, Sandra Hubert, Katrin Hüsken, Kerstin Lippert (2018b): DJI-Kinderbetreuungsreport (2018): Inanspruchnahme und Bedarfe bei Kindern bis 14 Jahre aus Elternperspektive – ein Bundesländervergleich, Deutsches Jugendinstitut (DJI), München.

Alt, Christian, Angelika Guglhör-Rudan, Katrin Hüsken und Ursula Winklhofer (2019): Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder: Kosten des Ausbaus bei Umsetzung des Rechtsanspruchs. Deutsches Jugendinstitut (DJI), München.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018): Bildung in Deutschland 2018. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung.

Bach, Stefan, Martin Beznoska und Viktor Steiner (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems. Politikberatung kompakt 114, DIW Berlin, Berlin.

Beblo, Miriam, Charlotte Lauer und Katharina Wrohlich (2005): Ganztagsschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern: Eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland. Zeitschrift für Arbeitsmarkt Forschung - Journal for Labour Market, Research, 38(2): 357–372.

Bruckmeier, Kerstin, Johannes Pauer, Ulrich Walwei und Jürgen Wiemers (2013): Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung. IAB Forschungsbericht 5/2013.

Büchel, Felix und C. Katharina Spiess (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland. Kohlhammer, Stuttgart.

Büchel, Felix und C. Katharina Spiess (2002): Müttererwerbstätigkeit und Kindertageseinrichtungen - neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung No. 71:96-114.

Büchel, Felix und C. Katharina Spiess (2003): Effekte der regionalen Kindergarteninfrastruktur auf das Arbeitsangebot von Müttern. Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt (edited by Winfried Schmähl), Reihe „Schriften des Vereins für Socialpolitik“, Duncker & Humblot: Berlin: 95-126.

Dehos, Fabian und Marie Paul (2017): The Effects of After-School Programs on Maternal Employment. Ruhr Economic Papers No. 686, RWI Essen.

Gambaro, Ludovica, Jan Marcus und Frauke Peter (2019): School Entry, Afternoon Care and Mothers' Labour supply. Empirical Economics, 57(3), 769–803.

Gambaro, L., Marcus, J. and Peter, F. (2016): Ganztagsschule und Hort erhöhen die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Grundschulkindern, DIW Wochenbericht 47: 1123-1131.

Geyer, Johannes, Peter Haan und Katharina Wrohlich (2015): The effects of family policy on maternal labor supply: Combining evidence from a structural model and a quasi-experimental approach, Labour Economics 36, 84-98.

Goebel, Jan, Markus M. Grabka, Stefan Liebig, Martin Kroh, David Richter, Carsten Schröder, und Jürgen Schupp (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP), Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 239(2): 345–360.

KMK (2019): Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2014 bis 2017.

Krebs, Tom und Martin Scheffel (2016): Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur-und Bildungsinvestitionen in Deutschland. Working Paper Series No. 16-13. Universität Mannheim.

Krebs, Tom, Martin Scheffel, Manuela Barišić und Dirk Zorn (2019): Zwischen Bildung und Betreuung. Volkswirtschaftliche Potenziale des Ganztags-Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Krebs, Tom, und Martin Scheffel (2017): Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland. Inklusives Wachstum für Deutschland Nr. 17, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Marcus, Jan und Frauke Peter (2015): Maternal Labour Supply and All-Day Primary Schools in Germany. DIW Roundup No. 67, DIW Berlin.

Marcus, Jan, Janina Nemitz und C. Katharina Spiess (2013): Ausbau der Ganztagsschule: Kinder aus einkommensschwachen Haushalten im Westen nutzen Angebote verstärkt. DIW Wochenbericht No. 27: 11-23.

Marcus, Jan, Janina Nemitz und C. Katharina Spiess (2016): Veränderungen in der gruppenspezifischen Nutzung von ganztägigen Schulangeboten - Längsschnittanalysen für den Primarbereich. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 19: 415–442.

Müller, Kai-Uwe, Katharina Spieß, Chrysanthi Tsiasioti, Katharina Wrohlich, Elisabeth Bügelmayer, Luke Haywood, Frauke Peter, Marko Ringman, Sven Witzke (2013): Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern, Politikberatung kompakt, Nr 73.

Müller, Kai-Uwe, C. Katharina Spieß, Katharina Wrohlich (2014): Kindertagesbetreuung: Wie wird ihre Nutzung beeinflusst und was kann sie für die Entwicklung von Kindern bewirken? Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 83, H. 1, S. 49-68.

Müller, Kai-Uwe und Katharina Wrohlich (2016): Two Steps Forward—One Step Back? Evaluating Contradicting Child Care Policies in Germany, CESifo Economics Studies 62(4), 672-698.

Müller, Kai-Uwe und Katharina Wrohlich (2018): Does Subsidized Care for Toddlers Increase Maternal Labor Supply?: Evidence from a Large-Scale Expansion of Early Childcare, DIW Discussion Paper No. 1747, DIW Berlin, Berlin.

Nemitz, Janina (2015): The effect of all-day primary school programs on maternal labor supply. ECON working papers No. 213, Department of Economics, University of Zurich.

Peter, Frauke (2018): Ganztagsangebot für Grundschulkinder unterstützt Eltern und Kinder, Grundschule aktuell 143, 16-18.

Prognos (2017): Gute und verlässliche Ganztagsangebote für Grundschüler – Chancen für Vereinbarkeit – Chancen für Kinder, Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik, Prognos AG, Berlin.

Rainer, Helmut, Stefan Bauernschuster, Wolfgang Auer, Natalia Danzer, Mine Hancioglu, Bastian Hartmann, Timo Hener, Christian Holzner, Notburga Ott, Janina Reinkowski und Martin Werding (2013): Kinderbetreuung. ifo Forschungsberichte No. 59, Ifo Institut München.

Schober, Pia und C. Katharina Spiess (2015): Local day-care quality and maternal employment: Evidence from East and West Germany. Journal of Marriage and the Family, 77(3): 712-7290.

Statistisches Bundesamt (2012) (Hrsg.): Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Ergebnisse des Mikrozensus 2011, https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2012/12/vereinbarkeit-familie-beruf-122012.pdf?__blob=publication (Download September 2019).

Steiner, Viktor, Katharina Wrohlich, Peter Haan, Johannes Geyer (2012): DIW Berlin Data Documentation 63.

Shure, Nikki (2016): School hours and maternal labour supply: a natural experiment from Germany. Department of Quantitative Social Science Working Paper No. 16–13, Institute of Education, London.

Spiess, C. Katharina, Jürgen Schupp, Markus Grabka, John P. Haisken-De New, Heike Jakobeit und Gert G. Wagner (2002): Abschätzung der Brutto-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Nomos Verlag: Baden-Baden.

Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - Tabellenband - Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung 2019 - Hauptvarianten 1 bis 9. Variante 2 (G2-L2-W2).

Steiner, Viktor, Katharina Wrohlich, Peter Haan und Johannes Geyer (2012): Documentation of the Tax-Benefit Microsimulation Model STSM. Version 2012. Data Documentation 63, DIW Berlin, Berlin.

7 Anhang: Literaturübersicht „Erwerbseffekte von ganztägigen Angeboten für Schulkinder" (nur Studien auf der Basis deutscher Daten)

Autoren, Jahr, Titel	Datenbasis	Methode	Definition Ganztag, Altersgruppe	Heterogenität der Effekte	Besonderheit	Ergebnisse
Mikroanalysen						
Shure, Nikki (2019), Kyklos School hours and maternal labour supply: a natural experiment from Germany	SOEP, Schuldaten (Jahr, in dem Grundschule anfing Ganztagsbetreuung anzubieten), Westdeutschland NUR: Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bayern	Difference-in-Differences, Conditional Logit, Linear probability model (ITT-Effekt)	Ganztags-schulreform im Grundschul-bereich	Kein signifikanter Effekt für alleinerziehende Mütter.	Treatment: Zugang zur Ganztagsschule (ob Grundschule, die am nächsten liegt eine Ganztagsschule ist). Hortbetreuung nicht berücksichtigt.	signifikanter positiver Effekt auf Erwerbsbeteiligung (4,4 Prozentpunkte; Frauen, die Zugang zur Ganztagsschule bekommen, haben höhere Wahrscheinlichkeit einen Job zu suchen oder anzufangen); kein signifikanter Effekt auf die Ausweitung der Stunden (da Schultag nur um zwei Stunden verlängert wurde)
Ludovica Gambaro, Jan Marcus und Frauke Peter (2019): School entry, afternoon care and mothers' labour Supply	SOEP	Entropy balancing (ATT)	Erste Klasse (5-7 Jahre)	Keine Effekte auf die Erwerbstätigkeit des Vaters; höher gebildete Mütter haben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, ihr Erwerbsbeteiligung zu erhöhen; keine Unterschiede zwischen Müttern mit und ohne Migrationshintergrund; Effekte auf Erwerbswahrscheinlichkeit sind geringer, wenn es in der Familie noch jüngere Kinder als das in der ersten Klasse gibt; größere Effekte auf Erwerbstätigkeit, wenn das Kind keine Ganztags-Kita besucht hat; keine heterogene Effekte bezüglich der Arbeitsstunden	Treatment: Kinder in Ganztagsschule oder in Grundschule und am Nachmittag im Hort; doppelt robuster Schätzer	Teilnahme des Kindes an Nachmittagsbetreuung erhöht Erwerbswahrscheinlichkeit um 11,4 Prozentpunkte Ausweitung der Arbeitsstunden um 2,6 Stunden pro Woche (erwerbstätige Mütter)

Fabian Dehos, Marie Paul (2017) The Effects of After-School Programs on Maternal Employment	SOEP (für erste Stufe), Mikrozensus (für zweite Stufe), Westdeutschland (außer Bayern und Berlin)	IV (two-sample two-stage least squares)	Grundschul-kinder (6-11 Jahre)	Effekte sind für Mütter ohne jüngeres Kind als das Grundschulkind, für Alleinerziehende, für Ausländer, und nach Bildungsstand der Mutter auch nicht signifikant	Instrument: Anteil der Schulen in einem Kreis, bei denen in den Ausbau von Ganztagsschulen investiert wurde, IZB-Programm!! (Selektivität der Teilnahme an Ganztagsunterricht); Liste von Grundschulen, die Fördergelder erhalten haben und daraus wurde Anteil der Grundschulen mit Förderung errechnet. *Es wird nicht berücksichtigt, ob der Kreis sich für Förderung der Grund- oder Sekundarschule tatsächlich entschieden hat.* Hortbetreuung bleibt unberücksichtigt.	Teilnahme an Nachmittagsunterricht hat keinen Effekt auf Erwerbswahrscheinlichkeit von erwerbslosen Müttern Teilnahme an Nachmittagsunterricht hat auch keinen Effekt auf die Arbeitsstunden, auch nicht auf Arbeitsstunden teilzeiterwerbstätiger Mütter
Janina Nemitz (2015) The effect of all-day primary school programs on maternal labor supply	SOEP, administrative Daten zu Ganztagsschulen (KMK und Statistisches Bundesamt, Anteil der Grundschulen von allen Grundschulen die Ganztagsschulen sind, Anteil aller Grundschüler, die Ganztagsschulen besuchen), IZBB Förderung (Name, Adresse und Art der Schule, Art und Höhe der Förderung); Arbeitslosenquote auf kreisebene (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung), Bayern ausgeschlossen!	Bivariates Probit-Modell, 2SLS, Average treatment effect	Grundschule	Großer Effekte auf Erwerbstätigkeit besonders in Bundesländern mit hohen Anteilen an Grundschülern, die an Ganztagsunterricht teilnehmen (Bundesländer mit bis zu 20 Prozent); Instrument stärker für Mütter, die in Bundeländern mit einem geringen Anteil an Ganztagsschulen leben	Instrument: jährliche Anzahl an Grundschulen in einem Kreis, die IZBB Förderung erhalten (Große Unterschiede im Anteil der Förderungen für Grundschulen zwischen den Bundesländern); Zwei weitere Instrumente: - Höhe der IZBB- Förderung von Grundschulen in einem Kreis (misst besser die Verfügbarkeit der Förderung, dafür aber teilweise Imputation) - Anteil von Grundschulen, die Ganztagsschulen sind; Mütter mit hoher Erwerbsneigung (z.B. Bildung) entscheidet sich eher gegen Ganztagsschule (Selektion aufgrund von unbeobachteten mütterlichen Charakteristika). *Es wird nicht berücksichtigt, ob der Kreis sich für Förderung der Grund- oder Sekundarschule entschieden hat.* KEIN Hort!	positiver Effekt auf Erwerbswahrscheinlichkeit (26 Prozentpunkte) kein Effekt auf Vollzeit vs. Teilzeit 2SLS zeigt ähnliche Ergebnisse, nur nicht signifikant.

Helmut Rainer, Stefan Bauernschuster, Wolfgang Auer, Natalia Danzer, Timo Hener, Christian Holzner, Janina Reinkowski, Mine Hancioglu, Bastian Hartmann, Notburga Ott, Martin Werding (2013) Kinderbetreuung, Gesamtevaluation	SOEP 2000-2009	OLS, ordered logit, Propensity Score Matching (PSM)	6 bis 18 Jahre	Mütter mit zwei oder mehr Kinder erweitern ihr Arbeitsstunden nicht. Effekte hauptsächlich für Mütter mit einem Kind. Mütter, deren Partner ein niedriges Einkommen erzielt, erweitern ihr Arbeitsangebot stärker als Mütter deren Partner ein höheres Einkommen hat Alleinerziehende: Effekt auf Vollzeittätigkeit	Ein Ganztagsplatz in der Schule trägt sich zu 65 bis 100 Prozent selbst (zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge, eingesparte Sozialleistungen) HORT und Ganztagsschule!	OLS: kein signifikanter Zusammenhang zwischen Ganztagsbetreuung und Erwerbstätigkeit der Mutter leicht signifikanter Zusammenhang mit Wochenarbeitsstunden Ordered Logit: Kein signifikanter Effekt auf Art des Beschäftigungs-verhältnisses Im Längsschnitt: Keine Beschäftigungseffekte für Mütter, die vor Einschulung nicht erwerbstätig waren Ausweiten der Wochenstunden von erwerbstätigen Müttern um 2,7 Stunden, wenn jüngstes Kind in einer Ganztagsschule. Die Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit ausdehnen verdienen dadurch im Durchschnitt rund 230 Euro brutto und 130 Euro netto mehr im Monat. Propensity Score Matching: Effekt auf Wochenarbeitszeit (3,8 Stunden) aber nicht auf Erwerbsstatus

Miriam Beblo, Charlotte Lauer und Katharina Wrohlich (2005) Ganztagsschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland	SOEP	Mikrosimulations-modell STSM, konditionales Logit	Grundschulalter	Höhere Effekte in West- als in Ostdeutschland, unterschiedlich starke Effekte je nach Größe der Ausweitung der Ganztagsschulen	STSM zur Berechnung der Netto-Haushaltseinkommen, Nettohaushalteinkommen abzüglich Kinderbetreuungskosten	Anstieg der Erwerbsbeteiligung um 4 Prozentpunkte in West- und 1 Prozentpunkt in Ostdeutschland durch flächendeckende Ganztags(schul)versorgung Arbeitszeiterhöhung um 16 Prozent in West- und 5 Prozent in Ostdeutschland durch flächendeckende Versorgung
Makroanalysen						
Tom Krebs und Martin Scheffel (2016) Quantifizierung der gesamt-wirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur-und Bildungs-investitionen in Deutschland		Simulation eines mikrofundierten gesamtwirtschaft-lichen Modells zur Evaluation eines öffentlichen Investitionsprogramms, das die Ganztagsbetreuung in Kitas und den Ganztagsschulen umsetzt. Das Programm bietet für 4 Mio. halbtags-betreute Kinder einen Platz in einer Ganztags-Kita bzw. Ganztagsschule an. (Wachstumsmodell mit Sach- und Humankapital, heterogenen Haushalten, un-vollkommenen Finanzmärkten und Suchfriktionen auf den Arbeitsmärkten)	3-18 Jahre	Zusätzlicher Unterricht steigert Bildungserfolg der Kinder und damit zeitverzögert die Anzahl der Erwerbspersonen mit abgeschlossenem Berufs- oder Hochschulabschluss, erhöhte Kinderbetreuung erhöht Beschäftigung von Eltern, verbesserte Betreuung hilft Alleinerziehenden einen Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu finden, auch ohne Effekt auf Bildung der Kinder, die dann Ganztagsschulen besuchen, gibt es große gesamtwirtschaftliche Effekte	Analyse von Effekten auf Langzeitarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung. Investition in Ganztagsschulen und Ganztags-Kitas erzeugen größere gesellschaftliche Gewinne als Investitionen in die Infrastruktur und in Hochschulen; hohe fiskalische Effizienz, Amortisationszeit von 11 Jahren	starker Beschäftigungszuwachs, erheblicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit und des Anteils der atypischen Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung; starke Expansion der Vollzeitbeschäftigung relativ zur geringfügigen Beschäftigung von Müttern mit Kindern

Tom Krebs, Martin Scheffel, Manuela Barišić und Dirk Zorn (2019) Zwischen Bildung und Betreuung. Volkswirtschaftliche Potenziale des Ganztags-Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter		Simulation des im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgeschriebenen Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter (Schaffung von 500.000 neuen Ganztagsplätzen), mikroökonomisch fundiertes gesamtwirtschaftliches Wachstums-modell mit Sach- und Humankapital, heterogenen Haushalten, unvollkommenen Finanzmärkten und Suchfriktionen auf dem Arbeitsmarkt (Modellparameter auf der Basis mikro- und makroökonomischer Evidenz bestimmt)	Grundschulalter	Öffentliche Investition helfen insbesondere Frauen mit Kindern, Alleinerziehende sowie Kindern aus bildungsfernen Familien; Direkte Effekte: Ausbau der Ganztagsbetreuung fördert Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern im Grundschulalter (Betreuungseffekt), Steigerung des Bildungserfolgs der Kinder durch erweitertes Betreuungs- und Bildungsangebot und damit langfristig Anstieg der Erwerbspersonen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulabschluss Indirekte Effekte: Produktivitätsgewinne stimulieren Arbeits- und Kapitalnachfrage der Unternehmen, sodass Beschäftigung, Stundenlöhne und private Investitionen steigen	Es werden Effekte auf Wachstum und inklusives Wachstum geschätzt Amortisationszeit der Investitionen 17 Jahre	Rückgang der Arbeitslosigkeit Betreuungseffekt ist für beides deutlich stärker als der Bildungseffekt der Kinder Rückgang der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigung relativ zur Vollzeitbeschäftigung
Deskriptive Analyse						
Jan Marcus, Janina Nemitz und C. Katharina Spieß (2013) Ausbau der Ganztagsschule: Kinderaus einkommens-schwachen Haushalten im Westen nutzen Angebote verstärkt	SOEP	Probit				Wahrscheinlichkeit eines Kindes, auf einer Ganztagsschule zu sein, ist um fast acht Prozentpunkte höher als in der Vergleichsgruppe, wenn die Mutter Vollzeit arbeitet